

Erklärung IndustriAll Europe zur Situation in Österreich und der EU

Seit dem letzten Kongress von IndustriAll Europe 2016 in Madrid zeichnet sich ein deutlicher Rechtsruck in Europa ab. Nicht nur in den neuen Mitgliedsländern wie Ungarn und Polen, sondern auch in Westeuropa erstarken nationalistische Parteien, die mit ausländerfeindlichen Parolen Ängste schüren und damit Wählerstimmen ködern. Den Boden für diese gefährliche Entwicklung hat die verfehlte neoliberale Wirtschaftspolitik der EU bereitet, die durch Deregulierung und Sparauflagen zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und sozial Schwachen eine nationalistische und fremdenfeindliche Gegenreaktion sowie antieuropäische Ressentiments geschürt hat.

Österreich hat in dieser kritischen Phase in der Europäischen Union zum dritten Mal nach 1998 und 2006 den Ratsvorsitz übernommen. Österreichs Wirtschaftsleistung erreicht den vierthöchsten Wert in der EU und auch bei den verfügbaren Einkommen sowie mit einem ausgebauten Wohlfahrtsstaat liegt Österreich an der Spitze. Grundlage der Qualität des Wirtschaftsstandortes sind faire und gute Arbeitsbedingungen durch hohe kollektivvertragliche Abdeckung und Interessensausgleich zwischen ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen.

Dieses Erfolgsmodell der österreichischen Sozialpartnerschaft ist nun durch die seit 2017 amtierende rechtskonservative Bundesregierung in Österreich gefährdet, denn sie versucht eine neoliberale Agenda zugunsten von Kapitalvermögen und Großunternehmen durchzusetzen, wie folgende Maßnahmen:

- Massive Umverteilung von unten nach oben (Streichung und Kürzung von Leistungen für MigrantInnen und Langzeitarbeitslose) bei gleichzeitiger Begünstigung von höheren Einkommen
- Senkung von Unternehmensbesteuerung und Wegfall von arbeitsrechtlichen Kontrollen für Unternehmen
- „Reformen“ der selbstverwalteten Sozialversicherungen mit Ausgabenbremse und Machtverschiebung zugunsten der Arbeitgeber, um letztendlich den Weg zu Privatisierung von Gesundheitseinrichtungen zu ebnen
- Entmachtung von Gewerkschaften, betrieblicher Interessensvertretung sowie der gesetzlichen Interessensvertretung (Arbeiterkammer)

Eine der ersten Maßnahmen der Regierung betraf die Änderungen beim Arbeitszeitgesetz, die ab September eine tägliche Arbeitszeit von 12 Stunden bzw. 60 Stunden pro Woche ohne Zustimmung des Betriebsrates ermöglichen.

Die österreichischen Gewerkschaften haben gegen diese Verschlechterung seit Sommer massiven Widerstand geleistet. In der am 20. September eröffneten Lohnrunde in der Metallindustrie fordert die PRO-GE nicht nur angemessene Lohnerhöhungen, sondern auch einen Ausgleich für längere Arbeitszeiten durch höhere Zuschläge und leichteren Zugang zur 6. Urlaubswoche und längeren Freizeitblöcken.

Die TeilnehmerInnen der Midterm Conference unterstützen die Forderungen der österreichischen Gewerkschaften und werden sich den Maßnahmen neoliberaler Regierung zur Schwächung von

Gewerkschaften und betrieblichen Arbeitnehmerinteressenvertretungen in der Europäischen Union entschieden entgegenstellen. Sie werden sich- auch im Hinblick auf die im Frühjahr stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament- gemeinsam für ein soziales Europa einsetzen, um den Rechtspopulisten ihre Macht zu entziehen.

Sie sind entschlossen gegen den Aufschwung fremdenfeindlicher, nationalistischer, antieuropäischer Kräfte und Rechtsextremismus in Europa.